

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Abzugpreis: Durch unsere Seiten frei im Jahre monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.50 Mark. Bei der Post bezahlt monatlich 1.50 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unseren Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 93.

Freitag, den 22. April 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Vorausichtlich wird am Montag die Reichsregierung die Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages mit der Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Reparationsproblem bekanntgeben, und am Dienstag wird Dr. Simons wahrscheinlich Gelegenheit nehmen, im Reichstag die an die Reichsregierung gerichteten Interpellationen in der Entschädigungsfrage zu beantworten.

Die deutsche Regierung wird heute an die Reparationskommission eine Note abgeben lassen, in der Vorschläge für den Ausbau Frankreichs gemacht werden.

Die deutsche Note an den Präsidenten Harding ist beim Staatsdepartement in Washington eingetroffen.

Im Unterhaus teilte Lloyd George mit, daß bis jetzt keine interalliierte Zusammenkunft festgesetzt sei. Er werde Ende der Woche eine informelle Begegnung mit dem französischen Ministerpräsidenten haben und werde dann einen vorläufigen Meinungsaustausch mit ihm pflegen.

Verzögerung der Sanktionen?

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Gefahr einer deutschen Regierungskrise näher gerückt ist, doch scheint es, als sei es wiederum zu einem Kompromiß gekommen. In politischen Kreisen Berlins macht man sich, obwohl man weiß, daß eine neue politische Aktion Deutschlands bevorsteht, doch mit dem Gedanken vertraut, daß die von Paris aus angeordneten Gewaltmaßnahmen am 1. Mai beginnen werden. In Entente-Kreisen spricht man neuerdings davon, daß der Beginn der neuen Sanktionen eine Verzögerung von etwa zehn Tagen erleiden werde, da Frankreich den größten Wert darauf legt, im Einvernehmen mit England zu handeln, und sich deshalb bereit finden lassen werde, den Erfolg der Besprechungen in Ligny abzuwarten. Deutsche Regierungskreisen lehnen es nach wie vor ab, der Öffentlichkeit und selbst führenden parlamentarischen Persönlichkeiten ein klares Bild der politischen Lage und der vom gegenwärtigen Kabinett verfolgten Absichten zu geben. Die Antwort auf die Interpellationen der Deutschnationalen und der Unabhängigen wird voraussichtlich erst am kommenden Dienstag erteilt werden. Man hat den Eindruck, als sollten vor Erteilung dieser Antwort noch die Ergebnisse neu aufgenommenen Verhandlungen und noch nicht abgeschlossener Verhandlungen abgewartet werden.

Deutschland lehnt die Goldforderung ab.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die Antwortnote der deutschen Regierung auf die Forderung nach Ueberführung des deutschen Goldbestandes in das besetzte Gebiet fertiggestellt worden und wird voraussichtlich heute veröffentlicht werden. Nach Informationen von anderer Seite lehnt die deutsche Antwortnote die Forderung ab unter Hinweis darauf, daß es sich dabei um privaten Besitz handelt, über den die deutsche Regierung keinerlei Verfügungsrecht besitzt.

Amerika lehnt die Vermittlung ab.

Die deutsche Note.

Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie förmlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen. Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte, und in unbegreiflicher Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zurechtgeleitete Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tief gefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

(1921) Behrendt, Dr. Simons.

Der Pariser Herald teilt dem aus New York: Präsident Harding ließ die deutsche Regierung mitteilen, daß er einen weichen Wechsel mit Deutschland für unmöglich halte und be-

half erhalte, von der Fortsetzung der Vermittlungsgesuche abzusehen. Daraus meldet aus New York: Im Senatsauschuß teilte Hughes die ablehnende Antwort auf das deutsche Vermittlungsgesuch mit. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs ist die Ablehnung Amerikas auf die deutschen Vorschläge eine endgültige.

Hoch bereitet die Ruhrgebietbesetzung vor.

Die militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen sind unter dem Vorsitz des Marschall Koch von neuem zusammengetreten und haben die Einzelheiten der militärischen und wirtschaftlichen Fragen der Gebiete fertiggestellt, die gegebenenfalls im Ruhrgebiet zu besetzen wären. Zwei Verträge über die militärische Organisation wurden behandelt, erstens die Abgrenzung der zu besetzenden Gebiete, zweitens die zur Besetzung nötigen Mannschaften. Die drei anderen Verträge rein wirtschaftlicher und finanzieller Art behandeln erstens Ausbeutung der Gruben, zweitens die Finanzverwaltung, drittens die Verpflegung der Bewohner der Kohlengebiete. Die verschiedenen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, die Besetzung ertragreich zu gestalten, wurden vollständig behandelt. Ein zusammenfassender Bericht über die Beratungen wird Briand noch vor seiner Abreise nach England vorgelegt werden.

Die Zollsperrung im Westen.

Wie die Frankfurter Blätter zur Zollkontrolle melden, herrscht auf den Zollstationen ein wüster Durcheinander. Die Beamten seien ohne genaue Dienstanzweisung. Infolge der Unkenntnis der Beamten und ihrer unzureichenden Zahl stauten sich die Güterzüge. Es besteht die Gefahr einer vollständigen Verstopfung der Strecken. In der Pfalz sei bereits der gesamte Güterverkehr ins Stocken geraten. Auf den Zollabfertigungsstellen Ludwigsbafen, Speyer und Germersheim seien keine deutschen Beamten mehr tätig. Auch an anderen Zollstationen stellten die deutschen Beamten ihre Mitarbeit ein. Für die Strecke Mannheim-Ludwigsbafen-Worms sei Zurückstellung der Güter angeordnet. Der Personenverkehr wickelte sich bisher ohne Störung ab. In Griesheim wurde gestern das Passagiergut auf Waffen und verbotene Bücher durchsucht; in Ochß wurde dann die Zollbehandlung vorgenommen.

Arbeiterchicksal bei einer Teilung Oberschlesiens.

Die oberschlesische Frage steht, wenn nicht alle Seiten tragen, vor ihrer Entscheidung. Wenn man das französisch-polnische Spiel betrachtet, so ist es für jeden, der sehen will, klar, daß keinerlei Grund zu einer optimistischen Auffassung der Lage vorhanden ist. Wir können nicht drohen, wie die Polen es tun; wir müssen allein die Güte unserer Argumente für uns sprechen lassen. In der deutschen Öffentlichkeit ist die Frage der Unteilbarkeit Oberschlesiens bereits nach allen Gesichtspunkten hin erörtert worden. Es erscheint aber doch notwendig, sich in diesem letzten Augenblick noch einmal mit dem Schicksal der Arbeiter zu befassen, die durch eine Teilung des Landes unweigerlich ihr Brot verlieren würden. Um welche Zahlen es sich dabei handelt, darüber gibt eine Erhebung des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins Aufschluß, die im Kriegsjahre 1918 aufgestellt worden ist. Von den im weiteren Industriebezirk (Kreis Beuthen Stadt und Land, Ratowitz Stadt und Land, Tarnowitz, Hütle, Döbendurg, Gletwitz Stadt und Land, Tarnowitz, Pleß und Rybnitz) beschäftigten Industriearbeitern wohnten 10 276 im Kreise Tarnowitz, 3685 im Kreise Pleß, 18 700 im Kreise Rybnitz. In den industriellen Werken des Kreises Tarnowitz selbst waren 4148, in den Gruben des Kreises Pleß rund 5000 und in den Werken des Kreises Rybnitz 14 400 Arbeiter beschäftigt. Es lieferten also Tarnowitz 6124, Pleß 3685, Rybnitz 2300 Arbeiter für andere Kreise des engeren Industriebezirks. Aus den übrigen, fast rein landwirtschaftlichen Kreisen des Abstammungsgebietes waren 8032 Arbeiter im Zentralrevier beschäftigt. Dieser erhielt also aus den Nachbarrevieren einen Zuschuß von rund 17 000 Köpfen. Man handelt es sich hierbei aber um eine Kriegszustand. Unter normalen Verhältnissen sind nicht 17 000, sondern 25 000 Zusatzarbeiter in der Montanindustrie und im Bergbau des Zentralreviers beschäftigt. Auf Familienmitglieder umgerechnet gibt also das Zentralrevier rund 75 000 Köpfen Unterhalt. Bei dieser Aufstellung ist aber die große Zahl der Arbeiter nicht berücksichtigt, die im Baugewerbe und in kleineren Fabriken beschäftigt sind. Unter Hinsichtung dieser Personen und unter Berücksichtigung des Familienstandes gewährt das Zentralrevier 90 bis 100 000 Personen der angrenzenden Kreise den Lebensunterhalt. Bei einer Teilung des Industriegebietes würde einmal die Industrie zugrunde gehen, und sie würde auch sofort weniger Arbeiter aus den Nachbarrevieren beschäftigen können, die sie, selbst wenn sie es wollte, gar nicht mehr beschäftigen könnte, da die Grenze als Trennungslinie dazwischen liegt. Das Schicksal von 100 000 Personen steht auf dem Spiel, wenn die Grenzteilung nicht so erfolgt, wie das Abstammungsergebnis

und wie die wirtschaftlichen und geographischen Rücksichten Oberschlesiens es erfordern.

Was wird aus Oberschlesien?

Wie Wert Journal mitteilt, wird bei der Besprechung zwischen Briand und Lloyd George auch die oberschlesische Frage erörtert werden. Wenn das oberschlesische Industriegebiet an Polen fällt, werden man wahrscheinlich von Polen verlangen, daß es den Teil der Wiedergutmachung übernimmt, der dem Ertrage der Hilfsquellen desjenigen Gebietes entspricht, dessen Souveränität von Deutschland an Polen übergeht. Das Blatt bemerkt hierzu, daß es in der Tat gerechtfertigt wäre, die Verpflichtungen Deutschlands um die 50 Millionen Tonnen zu erleichtern, die es durch den Uebergang des Industriegebietes an Polen jährlich verlieren würde. Die Bieferung dieser 5 Millionen Tonnen müsse künftig Polen auferlegt werden.

Briands Regelung der oberschlesischen Angelegenheit.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat Briand dem polnischen Botschafter in Paris erklärt, daß die französische Regierung für eine Regelung der oberschlesischen Angelegenheit im polnischen Sinne eintreten werde.

Oberschlesien unter Kontrolle des Verbandes?

Die britischen Sachverständigen bei der Wiederherstellungskommission schlagen vor, das oberschlesische Industriegebiet als Sonderstaat unter alliierter Kontrolle zu stellen. Es wäre so lange als Briand von den Alliierten zu halten, bis die Deutschen ihren Verpflichtungen nachgekommen seien. Die Sachverständigen schätzen den Wert Oberschlesiens auf 75 Milliarden Goldmark. Dem polnischen Einspruch könne man begegnen, so glaubt man, wenn man Polen einen gewissen Bruchteil der Produktion zu festgelegten Preisen garantiert.

Zum oberschlesischen Abstimmungsresultat.

Die interalliierte Beobachtungskommission hat gestern ihre Arbeiten über das Abstimmungsresultat abgeschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen dem Vorkommerrat ihre Meinung über das Ergebnis und ihre Vorschläge über seine Auswertung vorlegen.

Vor neuen Aufständen.

In kommunistischen Kreisen wird, wie es heißt, gegenwärtig mit Unterstützung der Moskauer Internationale auf eine neue Kampfkraft hingearbeitet, die bereits in den nächsten Wochen unter Benützung der Erfahrungen des mitteldeutschen Aufstands auf größerer Basis durchgeführt werden soll. In diesem Zweck haben gegenwärtig geheime Besprechungen zwischen den Parteiführern der Kommunistischen Partei, der kommunistischen Arbeiterpartei und der Allgemeinen Arbeiterunion statt. Besonders rege Partizipation ist bereits in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet entfaltet worden.

Hilf hilft sich in Schwaben.

Max Holz, der vor einigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist, hat seinen bisherigen Vernehmungen ein entschlossenes Schweigen entgegengesetzt. Nachdem er anfänglich bei seinen Vernehmung aus seiner Zurückhaltung herausgetreten war, verweigert er neuerdings jede Erklärung über die ihm zur Last gelegten Straftaten. Er erklärte dem Untersuchungsrichter lediglich, daß er nur vor dem zuständigen Blaunener Gericht aufzusagen werde. Die vom Reichspräsidenten angeordneten außerordentlichen Gerichte könne er dagegen nicht anerkennen, und er werde, wenn man in Berlin gegen ihn verhandeln wolle, während der ganzen Sitzung schweigen. Dagegen hat Holz durch seinen Verteidiger, Justizrat Brod, Beschwerde dagegen erhoben, daß man ihm als Untersuchungsgefangenen seine Privatkleider genommen und dafür Anstaltskleidung gegeben habe. Auch protestiert er dagegen, daß er nur mit gefesselten Händen seine Zelle verlassen darf. Um festzustellen, ob Holz mit dem im Prozeß gegen die Siegeskolonnenattentäter vielgenannten Ferry identisch ist, wurde der Rote General den Angeklagten gegenübergestellt. In diesem Zwecke wurde ihm nach den Wäldern, die die Kriminalpolizei von dem großen Unbekannten hat, ein schwarzer Bart angeschminkt. Die jetzt verurteilten Attentäter wollten jedoch, trotz verschiedener Proteste, die nach entsprechenden Wäldern angefertigt wurden, in Holz den rätselhaften Unflüher Ferry nicht wieder erkennen.

Kleine politische Meldungen.

Stegerwald wiedergewählt. Die gestrige Wahl des Ministerpräsidenten im Preussischen Landtage führte zur Wiederwahl Stegerwalds. Es wurden 371 Stimmzettel abgegeben, von denen 22 unbeschrieben waren. Die Kommunisten hatten also welche Stimmzettel abgegeben. Gültig waren 349 Stimmen, die Mehrheit betrug 175. Stegerwald erhielt 227 Stimmen, der Abgeordnete Braun (Mehrheitslos) 100, Abg. Ludwig (Unabh.) 21, Busch (Ztr.) 1 Stimme. Stegerwald ist also mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen gewählt. Das Ergebnis der Wahl wurde ohne weitere Kundgebungen aufgenommen. Aufhebung der preussischen Gesandtschaft in München. Die preussische Gesandtschaft in München ist aufgehoben worden.